

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 146. Ratssitzung vom 21. April 2021

3884. 2021/127

Dringliches Postulat von Dominique Zygmont (FDP) und Martin Bürki (FDP) vom 24.03.2021:

Erhöhung der Anzahl bewilligter Sitzplätze auf temporär ausgeweiteten Boulevardflächen für gastronomische Angebote auf öffentlichem Grund

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dominique Zygmont (FDP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3764/2021): Endlich sind die Restaurantterrassen wieder offen. Wer gestern und am Montag durch Zürich ging, konnte sehen: Zürcherinnen und Zürcher haben sich auf den ersten Kaffee, das erste leckere Essen draussen gefreut – sogar dann, wenn es eigentlich noch eher kühl war. Offensichtlich ist, dass die Nachfrage nach den langen Wintermonaten hoch ist. Es wird immer wärmer. Die Leute wollen wieder nach draussen, das Leben geniessen und vielleicht wieder mal ein Bier trinken – auch mit Schutzmassnahmen. Darin steckt grosses Potenzial für die Gastronominnen und Gastronomen der Stadt Zürich. Zum ersten Mal in diesem Jahr durften sie ihren Gästen nicht nur eine Plastikbox oder eine Pizzaschachtel in die Hände drücken, sondern wirkliche Gastgeber sein – wenn auch erst in den Aussenbereichen. Die Öffnung unter strenger Einhaltung der Schutzkonzepte ist richtig und war dringend. Eines ist aber auch klar: Die Umsatzauffälle der vergangenen fast vier Monate und des ersten Lockdowns haben ein tiefes Loch in die Kassen der Betriebe gerissen. Ich zitiere den Präsidenten von Gastrosuisse, Casimir Platzer: «Der wirtschaftliche Schaden bei den Personen, die von der Schliessung betroffen sind, wiegt schwer. Jeder fünfte Betrieb musste bereits dichtmachen. Weitere 20 Prozent im Gastgewerbe stehen kurz davor.» Darum ist der beste Weg, dass die Gastronominnen und Gastronomen wieder das machen dürfen, was sie am liebsten und besten machen: nämlich Gäste zu bewirten. Je mehr sie an den schönen Frühlingstagen von ihrem Umsatzloch aufholen können, desto eher können ihre Betriebe – und damit die Arbeitsplätze – wieder auf eigenen Beinen stehen. Darum bitten wir den Stadtrat mit diesem Postulat um eine moderate Erhöhung der Sitzplatzanzahl im Aussenbereich von Gastronomieangeboten. Die Stadt hat die Ausweitung der Flächen bereits erlaubt, logischerweise, um die Abstände einhalten zu können. Leider liess sie keine Erhöhung der Sitzplatzanzahl zu. Wir fordern jetzt situationsorientiert 30 bis 50 Prozent mehr Plätze – wo dies möglich ist und die Schutzkonzepte eingehalten werden können. Sie sehen, dass wir uns im Postulatstext explizit auf die geltenden Regelungen des Stadtrats beziehen, die weiterhin eingehalten werden müssen. Uns geht es nicht darum, andere Nutzungen des öffentlichen Raums damit zu verdrängen oder zu ersetzen. Wichtig ist, dass der Gebührenerlass, den der Stadtrat ebenfalls beschlossen hatte, weitergelten soll. Das Mehr an Sitzplätzen ist sicher kein Patentrezept für alle Restaurants und manchmal schlicht nicht umsetzbar. Aber diese Massnahme ist dringend. Unser Wunsch – sollten Sie das Postulat heute annehmen – ist darum, dass der Stadtrat

so rasch wie möglich die Umsetzung an die Hand nimmt. Der Weg aus der Krise ist weiterhin steil. Nichts wäre schlimmer, als wenn noch mehr Menschen die Hoffnung und den Optimismus verlieren würden. Wir hier drin haben es heute in der Hand: Wir können ein Stück Erholung von der Krise schaffen für jene Zürcherinnen und Zürcher, die einfach mal wieder ins Restaurant möchten und für jene Menschen, die in der Gastronomie arbeiten und davon leben.

Felix Moser (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 14. April 2021 gestellten Ablehnungsantrag: *Dominique Zygmont (FDP) erwähnte, dass das Postulat auf dem Stadtratsbeschluss von vor einem Jahr basiert, gemäss dem die Betriebe trotz Distanzregelungen genügend Platz haben sollen. Sie haben also seit rund einem Jahr bereits mehr Platz zur Verfügung, sofern die Betriebe nicht geschlossen waren. Seit wenigen Tagen sind die Terrassen und Aussenflächen offen – wir haben es gehört und gesehen. Die Leute sind draussen – sicher nicht nur wegen der Restaurants, sondern auch wegen des schönen Wetters, war es zuvor doch noch sehr kalt. Die Leute sind draussen, möchten spazieren, etwas trinken gehen, das ist unbestritten. Mit unserem Ablehnungsantrag geht es uns vor allem um die Nutzung des öffentlichen Raums und von Freiräumen. Erst kürzlich diskutierten wir beim Richtplan intensiv darüber. Freiräume werden jetzt im Frühling von vielen Leuten benutzt: es gibt Velofahrende, Fussgängerinnen und Fussgänger, Kinderwagen mit Vätern, Müttern und Grosseletern, Kinder auf Skateboards und so weiter. Wir sind alle froh, dass nicht wie vor einem Jahr diese Freiräume und Parks gesperrt wurden, sondern dass wir wieder überall hindurchspazieren können – das soll auch so bleiben. Freiräume sollen grundsätzlich für alle zugänglich sein. Die FDP hat praktisch alle unsere Anträge zur Erweiterung dieser Freiräume abgelehnt. Zwei Wochen später möchten sie die bestehenden Freiräume umnutzen, kommerzialisieren und zu einem grossen Teil dem Gastrogewerbe zur Verfügung stellen. Die bestehenden Flächen, die bereits erweitert wurden, sollen nochmals um bis zu 50 Prozent vergrössert werden. Das ist eine sehr widersprüchliche Haltung, die wir Grünen nicht nachvollziehen können. Wir setzen uns für mehr Freiräume ein und möchten, dass diese von der ganzen Bevölkerung benützt werden können – ohne Konsumationszwang. Ich möchte mich hinsetzen und mit Leuten sprechen können, ohne gezwungen zu werden, etwas zu mir zu nehmen und zu bezahlen. Darum sind wir dagegen, dass die vorhandenen Flächen am See und wo auch immer noch mehr mit Tischen und Stühlen belegt werden, die eben nur dann benutzt werden können, wenn man etwas bezahlt. Für uns wäre es in Ordnung, wenn die bisherige Regelung, die ohnehin schon eine Vergrösserung der Flächen für Gastrobetriebe ermöglicht, weiterhin bestehen bleibt, solange die Distanzregeln gelten – was noch eine Weile so sein wird. Wir finden es aber unnötig und falsch, diese Flächen zu erweitern. Das geht letztlich zulasten der ganzen Bevölkerung, die gerne einfach draussen spazieren gehen, die Sonne geniessen und raus aus dem Homeoffice möchte.*

Weitere Wortmeldungen:

Beat Oberholzer (GLP): *Wir alle haben die Hoffnung, dass die Impfquote weitersteigt, die Infektionszahlen endlich definitiv fallen und der in diesem Postulat ersehnte Nachholeffekt beim Konsum in der Gastronomiebranche eintrifft. Genau solche Massnahmen*

wie die Erhöhung der bewilligten Sitzplätze sind auch aus unserer Sicht nötig, um der Branche mehr Perspektiven und Umsatz zu beschern. Die übergeordneten Schutzkonzepte gelten weiterhin. Ebenfalls ist erwiesen, dass die Ansteckungsgefahr draussen kleiner ist – vor allem bei Institutionen mit Schutzkonzept, wo die Leute nicht einfach so auf einem Platz zusammenfinden. Deshalb finden wir, wir können es wagen. Natürlich profitieren nicht alle gleichermassen von den Forderungen dieses Postulats. Es gibt Orte, an denen mehr Leute sich auf der gleichen Fläche aufhalten, ohne die Abstandsregeln zu verletzen. Andere Betriebe verfügen über gar keine Aussenfläche. Für letztere gibt es im Moment zumindest teilweise die Härtefalllösung. Insgesamt ist dies eine wichtige Stärkung der funktionierenden Betriebe in dieser – hoffentlich – Schlussphase der Pandemie. Deshalb unterstützen wir Grünliberale das Postulat sehr gerne und freuen uns, wenn sich dem auch die anderen Fraktionen anschliessen. Ich hätte gerne genügend Platz, um mit Felix Moser (Grüne) einen Kaffee zu trinken.

Susanne Brunner (SVP): *Der Grüne Sprecher demonstrierte uns gerade eindrücklich, wie weit weg die Grünen von der Wirtschaft sind. Dominique Zygmunt (FDP) hat dargelegt, wie die Lage in der Gastronomie ist: Sie ist dramatisch. In den nächsten Monaten werden wir noch von Betriebsschliessungen und Arbeitsplatzverlusten hören. Die Terrassen und Boulevardflächen können ein wenig Luft verschaffen. Wie aber der Präsident von Gastrosuisse, Casimir Platzer, diese Woche auch sagte, ist dies nur für einen Teil der Betriebe eine Möglichkeit. Nicht alle haben die Möglichkeit, Boulevardflächen zu betreiben. Jene, die sie aber haben, sollten jetzt möglichst viel aus dem Boulevardbetrieb herausholen können. Denn die Lage ist für die Gastronomie wirklich schwierig. Sie ist auch mit dem Entscheid der Terrassenöffnung schwierig, weil die Betriebe vom Wetter und den Temperaturen abhängig sind. Den Betrieb unter diesen Bedingungen kostendeckend zu gestalten, ist sehr schwierig. Darum ist dieses Postulat der FDP wichtig und richtig. Genauso wichtig ist es, dass die Postulanten nicht über ihre eigene Idee stolpern. Darum verlangt die SVP eine Textänderung. Der FDP-Sprecher deutete an, es sollten damit nicht andere Nutzungen verdrängt werden. An die Adresse unseres bürgerlichen Partners möchte ich fragen: Traut man sich nicht mehr, das P-Wort zu gebrauchen? Hat man das P-Wort aus dem aktiven Wortschatz der Freisinnigen gestrichen? Es geht natürlich um Parkplätze, die etwas sehr Wichtiges für den erfolgreichen Betrieb einer Gastronomie darstellen – in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten sowieso. Darum lautet der Textänderungsantrag, dass man für die Ausdehnung der Boulevardflächen keine Parkplätze abbauen oder temporär sperren darf. Warum ist das so wichtig? Erstens: Wir möchten keine Kannibalisierung. Die Gäste der Restaurants kommen auch mit dem Auto. Es ist naiv zu glauben, dass alle Gäste eines Boulevardrestaurants aus einem Perimeter von 500 Metern zu Fuss anreisen oder mit dem Velo. Boulevardflächen, die auf wegfallenden Parkplätzen geschaffen werden, fressen die zusätzlichen Gäste. Das möchten wir nicht. Die Gastronomie ist auf alle Gäste angewiesen. Der zweite Grund: Wir dürfen auch jetzt, wenn wir es gut meinen und der Gastronomie Support geben, den Detailhandel nicht gegen die Gastronomie ausspielen oder umgekehrt. Auch der Detailhandel ist unter Druck und leidet unter Umsatzeinbussen. Auch der Detailhandel braucht die Parkplätze. Auch aus diesem Blickwinkel darf man nicht auf die Idee kommen, die Ausdehnung der Boulevardflächen temporär oder definitiv auf Park-*

plätzen umzusetzen. Ich fordere alle Parteien in diesem Rat, die Gastronomie und Gewerbe unterstützen möchten, auf, unsere Textänderung zu unterstützen.

Martin Bürki (FDP): Ich möchte zu Felix Moser (Grüne) etwas sagen, der die Ablehnung begründete. Ich bin nicht sicher, ob ihr verstanden habt, was wir möchten. Wir möchten, dass die bestehenden Flächen effektiver genutzt werden können. Ich gebe euch ein Beispiel: Im Moment kann ein Restaurant höchstens vier Leute an einen Tisch setzen. Wenn diese Regelung einmal ändern sollte und man acht Leute an einen Tisch setzen kann, müssen zwei Zweiertische leergelassen werden, weil der Betrieb sie wegen der aktuell bestehenden Auflagen nicht füllen darf. Wir möchten dort mehr Flexibilität, so dass man die jetzt zur Verfügung stehenden Flächen besser nutzen kann. Felix Moser (Grüne): Du sagtest, ihr wolltet nicht, dass mehr Fläche zur Verfügung gestellt wird. Das ist nicht, was wir verlangen. Wir wollen, dass die bestehende Fläche flexibler genutzt werden kann. Dazu eine Frage an die Grünen. Wie glaubt ihr, ist der Klimawandel besser zu bewältigen: mit einer Arbeitslosenrate von 20 Prozent oder einer gut laufenden Wirtschaft? Zur Rednerin der SVP: Wir haben das P-Wort nicht vergessen. Aber auch hier gilt: Wir wollen, dass die bestehende Fläche flexibler genutzt werden kann. Wir sprechen nicht davon, dass die Fläche verdoppelt wird und auf Parkplätze zu liegen kommt. Darum geht es hier nicht. Der Kampf der SVP für Parkplätze in Ehren, aber man kann auch Geister sehen, wo keine sind. Wir lehnen die Textänderung der SVP darum ab.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Der Stadtrat ist bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen. Er hat bereits verschiedene Entlastungsmassnahmen für das Gastgewerbe beschlossen. Wir geben uns Mühe, hier zu unterstützen und tun, was möglich ist. Bis zum Herbst 2021 und solange die Abstandsregeln gelten, dürfen die Aussenflächen bei gleichbleibenden Platzzahlen ausgeweitet werden. Das haben wir so in der Medienmitteilung vom 21. Oktober 2020 verkündet. Auf die Gebühren dafür werden bis Mitte 2021 verzichtet, auch dazu wurde am 20. Januar 2021 eine Medienmitteilung verschickt. Vergangene Woche hat der Stadtrat zudem beschlossen, dass die seit Herbst 2020 zugelassenen Witterungsschutzbauten und die Beheizung dieser Bauten bis Ende Mai 2021 bewilligungsfrei bleiben. Die übergeordneten Vorgaben des Bundes gelten immer noch und sind einzuhalten. So hat der Bundesrat bei den Öffnungen der Terrassen festgelegt, in was für Aussenbereichen die Bewirtung erlaubt ist. Der Luftaustausch soll wie im Freien gewährleistet sein. Die Voraussetzungen dafür sind in der angepassten Covid-19-Verordnung «Besondere Lage» und den zugehörigen Erläuterungen definiert. Wir sind auch jetzt bereit, Lösungen zu prüfen, damit die Gastrobetriebe mehr Sitzplätze anbieten dürfen und damit mehr Gäste im Freien bewirten können. Darum ist der Stadtrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen und zu prüfen.

Das Dringliche Postulat wird mit 103 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat